

Presseinformation

Kiel, den 28.06.2006

Es gilt das gesprochene Wort

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 144 08 305

E-mail: landtag@ssw.de

Anke Spoorendonk

TOP 22 Angebot für Schulabgängerinnen Drs. 16/851

Jedes Jahr im Herbst fragt sich die deutsche Öffentlichkeit besorgt, ob alle Jugendlichen, die es wünschen, auch einen geeigneten Ausbildungsplatz finden. Wir haben in den vergangenen Jahren vielfach über den richtigen Weg zur Verbesserung der Ausbildungssituation in der Bundesrepublik gestritten. Die Erhebung einer Ausbildungsplatzabgabe für nicht ausbildende Betriebe hatte seinerzeit auch der SSW abgelehnt, weil sie zu bürokratisch und abschreckend wirken würde. Stattdessen wurde auf Bundesebene ein Ausbildungspakt zwischen der Wirtschaft und der Bundesregierung vereinbart. Ob dieser Pakt auf Bundesebene erfolgreich war, darüber lässt sich – angesichts der Tatsache, dass immer noch viele Tausende Lehrstellen fehlen - allerdings schon streiten.

Aber in unserem Land sieht die Ausbildungssituation etwas anders aus. In Schleswig-Holstein haben wir bereits seit 1997 ein relativ erfolgreiches Bündnis für Ausbildung, das von der Landesregierung, der Wirtschaft und den Gewerkschaften getragen wird. Dieses Bündnis hat gut gearbeitet, denn die Ausbildungszahlen für Schleswig-Holstein lagen in den letzten Jahren immer über dem Bundesdurchschnitt. Das gilt auch für 2005. So hatten die drei Industrie- und

Handelskammern bis Ende Oktober **9.674** abgeschlossene Ausbildungsverträge gemeldet. Das ist ein Anstieg um **1,65%** gegenüber dem Vorjahr.

Die aktuellen landesweiten Zahlen kennen wir leider noch nicht. Aber alle Verantwortlichen haben darauf hingewiesen, dass sich die Lücke zwischen Angebot und Nachfrage in Schleswig-Holstein im Vergleich zum Vorjahr leicht verringert hat. Im Bericht der Landesregierung über die Ausbildungssituation vom letzten Jahr wird dann auch hervorgehoben, dass Schleswig-Holstein Ende August bei der Relation der unbesetzten Stellen zu den noch nicht vermittelten Bewerbern im Ländervergleich an besten dasteht.

Das zeigt, dass das Sofortprogramm des Landes 2004 - vom damaligen Wirtschaftsminister Rohwer initiiert - sehr gute Ergebnisse gebracht hat. Insbesondere hat Schleswig-Holstein gute Erfahrungen mit den vom Land geförderten Akquisiteurinnen und Akquisiteuren gemacht. Es macht einfach Sinn, dass man potentielle Ausbildungsbetriebe direkt anspricht. Die persönliche Ansprache der Betriebsinhaberinnen und Betriebsinhaber wirkt einfach besser als öffentliche Aufrufe oder Anschreiben. Deshalb muss dieser Teil des Sofortprogramms unbedingt fortgesetzt werden.

Allerdings weist der DGB zu recht darauf hin, dass trotz gestiegener Lehrstellenzahlen auch die Zahl der unversorgten Jugendlichen weiterhin angestiegen ist. Das ist ja auch der Hintergrund des Antrages von Bündnis90/Die Grünen. Der DGB stellt in einer Pressemitteilung vom 31.5.2006 richtigerweise fest, dass in Schleswig-Holstein auf **100** Bewerber nur noch **77** Lehrstellung und Ausbildungsplätze kommen. Das liegt natürlich auch daran, dass wir im Moment geburtenstarke Jahrgänge bei den Schulabgängern haben. In 2006 werden wir mit **33.000** Jugendlichen sogar **1.200** Schulabgänger mehr als im letzten Jahr haben.

Deshalb geht es aus Sicht des SSW darum, dass die Politik, die Wirtschaft und die Gewerkschaften gemeinsam ihre Anstrengungen weiterhin intensivieren, damit wir allen Jugendlichen eine berufliche Perspektive geben können. Wir begrüßen daher, dass die Grünen

dieses Thema auf die Tagesordnung gesetzt haben. Denn es ist enorm wichtig, dass wir diese Anstrengungen zur Schaffung weiterer Ausbildungsplätze auch seitens des Landtages aktiv unterstützen.

Auch die Kritik der IHK´s und der Handwerkskammern über die fehlende Qualifikation der jungen Schulabgängerinnen und Schulabgängern ist schon seit Jahren bekannt und insofern keine neue Erkenntnis. So geht aus einer jüngst vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW) bekannt gewordenen Studie hervor, dass jeder fünfte Jugendliche in der Berufsschule scheitert. Danach ist die Anzahl der Abbrecher an beruflichen Schulen in den vergangenen zehn Jahren von **16.4%** auf **22,6%** gestiegen. Allein 2004 haben demnach in Deutschland fast **240.000** Jugendliche ihre Berufsschule oder das Berufsvorbereitungsjahr ohne Abschluss verlassen. In diesem Zusammenhang wird auf die PISA-Studie verwiesen, wonach gut jeder fünfte 15-jährige als „Risikoschüler“ eingestuft wird, weil er allenfalls einfachste Aufgaben im Lesen oder Rechnen beherrscht.

Das sind schon dramatische Zahlen. Deshalb muss es ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit sein, dass wir die Qualifikationen der Jugendlichen entscheidend verbessern. Aus Sicht des SSW geht vor diesem Hintergrund auch kein Weg daran vorbei, das Schulsystem in Schleswig-Holstein grundlegend zu reformieren. Es ist ganz einfach nicht hinnehmbar, dass wir den überwiegenden Teil aller schulischen Probleme auf die Hauptschule abwälzen. Die Landesregierung hat angekündigt, dass sie im neuen Schulgesetz zumindest Gemeinschaftsschulen zulassen will. Auch wenn der SSW mehr erwartet hätte, so ist dies doch ein Schritt in die richtige Richtung, der auch die schulischen Leistungen der Schülerinnen und Schüler verbessern kann. Je schneller wir erkennen, dass unser gegliedertes Schulsystem nicht dazu imstande ist, Antworten auf die Anforderungen von morgen zu geben, umso mehr helfen wir den zukünftigen Schülerinnen und Schülern und umso mehr verbessern wir das Bildungsniveau insgesamt.

Ein weiterer Punkt in der Diskussion um die Verbesserung der Qualifikationen von Jugendlichen ist aus Sicht des SSW aber auch, dass das Duale Ausbildungssystem flexibler wird und zum Beispiel in die Lage versetzt wird, schneller auf neue Berufsbilder oder inhaltliche Entwicklungen innerhalb eines Ausbildungsberufes zu reagieren. Die neuen, zweijährigen Ausbildungen machen deutlich, worum es geht. Wir bleiben aber auch dabei, dass man in dieser Frage ruhig mal den Blick nach Norden wenden kann und eine stärkere Modularisierung von Ausbildungsgängen in die Wege leiten sollte. Damit würde man sowohl den tüchtigeren als auch den schwächeren Azubis entgegen kommen und den Anforderungen der Wirtschaft ebenfalls.

Die bisherigen Erfahrungen mit den Regionalen Berufsbildungszentren sind aus Sicht des SSW sehr positiv. Dies gilt vor allem für die Zusammenarbeit von Berufsschule und Wirtschaft, die durch diese neuen Konstruktionen gestärkt wird. Aus regionaler Sicht führt dies dazu, dass man schneller auf Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt reagieren kann. Das preisgekrönte Pilotprojekt der Gewerblichen Beruflichen Schule der Stadt Flensburg für ihre duale berufsbegleitende Weiterbildung zum Techniker Mechatronik ist dafür ein herausragendes Beispiel.

Die Ansätze der Grünen, die sie im Antrag formuliert haben, kann der SSW grundsätzlich auch unterstützen. Natürlich muss die Bundesagentur für Arbeit ihre Fördermittel ausschöpfen und für qualifizierende Maßnahmen in Bezug auf die Jugendlichen zielführend einsetzen. Das ist allerdings eine Selbstverständlichkeit. Sollte dies dennoch nicht der Fall sein, dann muss die Landesregierung natürlich handeln.

Auch die Forderung, dass die Schulabgängerinnen und Schulabgänger, die noch keinen Ausbildungsplatz bekommen haben, ein Qualifizierungs- oder Bildungsangebot bekommen sollten, können wir befürworten. Im Tolerierungsvertrag von SPD, Bündnis90/Die Grünen und SSW hatten wir einen ähnlichen Passus. Denn ein solches Angebot entspricht weitgehend dem, was man in Dänemark schon seit Jahren an Maßnahmen für die Jugendlichen vorhält. Die Jugendarbeitslosigkeit ist daher in unserem nördlichen Nachbarland praktisch nicht mehr existent. Das muss bei allen aktuellen Problemen auch unser Ziel in Schleswig-Holstein bleiben.